



Ein
E-Paper-Spezial
zur Europawahl
am 9. Juni

EUROPA HAT DIE WAHL

Zum zehnten Mal wählen Bürger und Bürgerinnen der EU das Europäische Parlament. 96 Mandate fallen auf Abgeordnete aus Deutschland. Erstmals dürfen hierzulande Menschen ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Aber was bewegt die Wähler und Wählerinnen in Deutschland? Und was können die 720 Abgeordneten eigentlich bewirken? Alles Wichtige zur Europawahl.



DIE EU ALS NEUE LADY LIBERTY

Liegt es daran, dass es ringsum immer düsterer wird in dieser Welt? Den Europäerinnen und Europäern erscheint die EU in zunehmend positivem Licht. Das Gerede über „die blöden Brüsseler Bürokraten“ lässt nach. Dagegen setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Alte Kontinent schon aus Sicherheitsgründen auf neue Art zusammenrücken muss.

Von Matthias Koch

Die Bürger der EU fühlen sich, so sagen sie, mehr denn je als das, was sie eigentlich auch sind: Bürger der EU.

Das mag ein bisschen putzig klingen. Aber dieser Punkt gehört zu den interessantesten Erkenntnissen des jüngsten Eurobarometers, einer Umfrage unter 26 000 Wahlberechtigten in allen 27 EU-Staaten. Er macht langgediente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EU sogar ein bisschen stolz.

Schon seit Jahrzehnten hilft das Eurobarometer den Institutionen in Brüssel, Stimmungen und Strömungen quer durch den Kontinent im Blick zu behalten. Das Zutrauen zu Parlament und Kommission blieb immer ziemlich mau. Lange definierten viele Bürgerinnen und Bürger sich am liebsten nur übers Nationale.

Ein Ort der Stabilität

Inzwischen aber dreht sich was. Die Identifikation mit Europa nimmt zu. Das sogenannte Institutionenvertrauen, wie die Demoskopien es nennen, wächst. Und manche Zahlen sind, zur hellen Freude der Brüsseler, sogar besser denn je.

■ Den Satz „Ich fühle mich als Bürger oder Bürgerin der EU“ bejahen neuerdings 74 Prozent. Das ist der höchste bislang gemessene Wert. Im Jahr 2014 lag dieser Anteil noch bei 63 Prozent.

■ „Zufrieden damit, wie in den europäischen Institutionen die Demokratie funktioniert“, sind heute nie da gewesene 57 Prozent – vor zehn Jahren waren es nur 43 Prozent.

■ Beide Tendenzen sind offenbar verbunden mit einer aktuellen Lageinschätzung, die Europäerinnen und Europäer aus diversen Mitgliedsstaaten und politischen Lagern zu vereinen scheint: 67 Prozent loben die EU als einen „Ort der Stabilität in einer unruhigen Welt“.

Niemand sollte jetzt so etwas wie überschäumende neue Europabegeisterung in diese Zahlen hineinlesen. Sie markieren aber einen Trend, der die EU in nächster Zeit durchaus stärken könnte. Die rund um wachsenden Krisen scheinen zu einem Moment der Besinnung geführt zu haben. Europäerinnen und Europäer entdecken ihren eigenen Kontinent und stellen wie bei einem Blick in den Spiegel alte Fragen neu: Was soll Europa tun? Was darf es hoffen?

Eins zumindest steht fest: Die Selbstwahrnehmung hat sich stark verändert.

Früher dominierte noch die alte Leier von einer bürgerfernen Bürokratie in Brüssel, die man mühsam in Schach halten müsse. Unausrottbar erschien jahrzehntelang die Erzählung, die EU erschaffe mit Vorliebe nutzlose Dinge wie etwa Regelungen für den maximalen Krümmungsgrad von Gurken.

Mythen dieser Art sind nicht mehr aktuell. Heute wollen die Leute eine EU, die aktiv wird, und zwar nicht nur hier oder da, sondern bei den ganz großen Themen dieser Zeit. Die 26 000 quer durch Europa Befragten reichten den Institutionen in Brüssel soeben wie auf einem Wunschzettel Dinge rein, um die sich die 27 Staaten bitte verstärkt kümmern sollen, und zwar gemeinsam. Auf Platz eins stehen Sicherheit und Verteidigung, auf Platz



Das Berlaymont-Gebäude in Brüssel, Sitz der Europäischen Kommission. FOTO: IMAGO/WERNER LEROOY

ders. Für Gesundheitspolitik war die EU, als sie sich plötzlich in der Pandemie wiederfand, vertraglich gar nicht zuständig. Eine zweite historische Premiere folgte schon kurze Zeit später, mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022. Auch in diesem Fall wurden Verfahrensweisen, mit denen Europa sich und anderen hilft, erst im Moment der Krise entwickelt.

Das alles geschah verblüffend schnell und mit hoher Effizienz. In einem neuartigen Sondertopf der EU namens „European Peace Facility“ zum Beispiel unterstützt Europa derzeit die Menschen in der Ukraine. In dem Fonds laufen Milliardenbeträge für zivile wie auch für militärische Vorhaben zusammen. Parallel dazu verabredeten die EU-Staaten inzwischen, ihre eigenen Rüstungsanstrengungen zu erhöhen und vor allem besser denn je aufeinander abzustimmen.

Die starke Wirtschaft der EU

Der Dreh kommt spät, aber seine Folgen werden spürbar sein. In Talkshows hörte man jüngst die Sorge, Russland werde wegen der von Wladimir Putin befohlenen Umstellung seiner kompletten Ökonomie auf Kriegswirtschaft Europa bald tottrüsten. Doch man darf die wirtschaftliche Kraft der EU nicht unterschätzen. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt des Riesenreichs Russland, einschließlich aller Gas- und Rohstoffgeschäfte mit China, entspricht dem BIP von Italien. Das BIP der gesamten EU ist mit 16,6 Billionen US-Dollar ungefähr siebenmal so groß wie das von Russland.

Wenn jetzt auch nur Teile des gigantischen ökonomischen und technologischen Potenzials der EU in Richtung einer innovativen Rüstungspolitik geleitet werden, verschieben sich die strategischen Gewichte zugunsten Russlands – und zwar dauerhaft. Es wäre nicht das erste Mal, dass Putin eigenhändig gravierende und bleibende Nachteile für Russland herbeiführt. Der Kremlherr hat sein Land zu einer Rohstoffkolonie Chinas werden lassen. Schon deshalb wird die Geschichtsschreibung, auch die russische, ihn nicht gnädig beurteilen. Zudem hat Putin, eine Eselei besonderer Art, mit seiner aggressiven Politik den Beitritt der jahrhundertlang militärisch neutralen Staaten Finnland und Schweden zur Nato beflügelt.

Inzwischen gehören 23 der 27 EU-Staaten zugleich der Nato an – so hoch war der Anteil noch nie. Neutral sind nur noch Österreich, Irland, Zypern und Malta.

Wie sehr die Stimmung quer durch die EU gegen Russland gekippt ist, zeigt sich am eindrucksvollsten in Skandinavien. In Finnland orderte im Jahr 2022 die damalige sozialdemokratische Regierungschefin Sanna Marin mal eben sage und schreibe 64 amerikanische Kampffjets vom Typ F-35. Eine Bestellung in solchen Größenordnungen bekam der US-Konzern Lockheed Martin aus keinem anderen Land der Welt. Schweden ließ auf Gotland schon im Januar 2022 Panzer auffahren, um der russischen Militärführung deutlich zu machen, dass sie ihre – offenbar von westlichen Geheimdiensten mitgeschnittenen – Debatten über eine mögliche Eroberung der Insel vergessen kann. In Dänemark werden der-

zeit ukrainische Piloten an F-16-Kampfflugzeugen ausgebildet.

Extrem rechte wie extrem linke Kritiker sprechen jetzt von einer „Militarisierung“ der Europapolitik. Falsch ist diese Analyse nicht. Man muss aber Ursache und Wirkung im Auge behalten. Der Urheber der Militarisierung ist Putin. Die 27 Staaten holen nur gezwungenermaßen nach, was sie jahrzehntelang vernachlässigt haben.

Falsch wird es indessen, wenn rechte und linke Radikale behaupten, in Brüssel laufe eine abgehobene Politik, die sich vom Willen der Bürgerinnen und Bürger entfernt habe. Der auf Resilienz gegenüber Russland getrimmte Kurs der EU-Kommission stützt sich auf satte Mehrheiten: im Europaparlament, bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten und auch bei den Wählerinnen und Wählern. 70 Prozent der europaweit Befragten tragen laut Eurobarometer Finanzhilfen für Kiew mit, 72 Prozent sind zugleich für Wirtschaftssanktionen gegen Moskau.

Europa muss stark sein

Ein Zusammenrücken der EU ist leider nicht nur mit Blick auf Wladimir Putin nötig. Europa muss auch gegenüber Xi Jinping stark sein. Der chinesische Staatschef bereitet derzeit einen eigenen gewalttätigen Schlag gegen die Demokratie vor: in Taiwan. Offenbar setzt Xi darauf, dies im Schatten der Konflikte in der Ukraine und in Gaza leichter umsetzen zu können. Xi folgt jahrtausendealten chinesischen Militärtaktiken und will den Westen ablenken und seine Aufmerksamkeit zerstreuen – während er selbst seine Kräfte bündelt. In immer neuen Großmanövern Pekings zur Einschüchterung Taiwans nahmen in jüngster Zeit mitunter 60 chinesische Bomber gleichzeitig Kurs auf die demokratisch regierte Insel.

Die Parallele zum Ukraine-Konflikt ist bedrückend. Taiwan bedroht Peking nicht, die Ukraine bedroht Moskau nicht. Doch Xi empfindet wie Putin schon die bloße Existenz einer freien Gesellschaft vor der eigenen Haustür als Infragestellung seiner Macht.

In diesen Konflikten muss Europa sich an die Seite derer stellen, die ihre Freiheit verteidigen. Die Rolle als Lady Liberty mag ungewohnt sein für die EU. Doch erstens sollten die 450 Millionen Europäerinnen und Europäer ihr weltpolitisches Gewicht nicht unterschätzen. China hört der EU, wenn es um den Handel geht, sehr genau zu. Zweitens bleibt angesichts der gleichzeitigen Schwächephase der amerikanischen Demokratie den Europäerinnen und Europäern gar nichts anderes übrig, als den Rücken gerade zu machen.

Die Zeiten werden sich hoffentlich wieder ändern. Die Ein-Mann-Diktaturen in Russland und China könnten, das liegt in ihrer Natur, früher oder später zerbröseln. Das nicht an irgendwelche Potentaten gebundene europäische Modell aus einer Kombination von Freiheit, Rechtsstaat und sozialer Sicherheit indessen behält, das hört man aus allen Kontinenten der Erde, auf unzählige Menschen eine ungeheure Leuchtkraft. Die Europäerinnen und Europäer müssen jetzt, damit dieses Licht nicht erlöscht, einfach mal so gut es geht zusammenhalten. Europa ist jetzt das Beste, das sie haben.

74

Prozent der Befragten bejahen im jüngsten Eurobarometer den Satz „Ich fühle mich als Bürger oder Bürgerin der EU“. Für diese Erhebung wurden insgesamt 26 000 Wahlberechtigte in allen 27 EU-Staaten befragt.

zwei Klima und Umwelt, auf Platz drei Migration und der Schutz der EU-Außengrenzen.

Kenner der Materie haben es immer gepredigt: Auf keinem einzigen relevanten Problemfeld des 21. Jahrhunderts kommt Europa auch nur einen Schritt weiter durch nationale Alleingänge. Die Erkenntnis ist in der Tat nicht neu. Neu ist aber, dass sie sich nun auch sogar bei politikfernen Normalos herumpricht.

Schlägt jetzt also doch, nach Jahrzehnten europäischer Selbstzweifel, die Stunde eines engeren Zusammenrückens? Vieles, nicht zuletzt der Performance der EU in den vergangenen paar Jahren, spricht dafür.

In unbekanntes Gewässer

Aus Erfahrung wird man klug. Und aus positiven Erfahrungen wächst, vor allem wenn man sie in schwierigen Zeiten macht, Vertrauen. In der Corona-Krise haben die Europäerinnen und Europäer erstmals – und im wahrsten Sinne des Wortes am eigenen Leib – ein Europa erlebt, das sie beschützt. Wäre die Beschaffung von Impfstoff abhängig gewesen von Erfolg oder Misserfolg einzelner Staaten, wären Millionen Menschen in eine Katastrophe geschlittert. Die EU aber trug, nach anfänglichen Stolperer, dazu bei, dass Europa mit der Pandemie unterm Strich besser fertig wurde als jede andere Weltregion: besser als die USA und besser als China.

Der Riesentanker EU wurde in den Jahren unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gleich zweimal in unbekanntes Gewässer gesteuert, es ging nicht an-



ILLUSTRATION: RND, KATHYKONKLE/ISTOCKPHOTO CHEKAT/ISTOCKPHOTO



EINMAL MIT ALLES – AUßER EUROPA

Im Wahlkampf, obwohl ihre Ampelregierung gar nicht zur Wahl steht: Christian Lindner, Olaf Scholz und Robert Habeck.
MONTAGE: RND;
FOTO: KAY NIETFELD/
DPA

Wenn das Europäische Parlament gewählt wird, herrscht auch in Deutschland Wahlkampf. Doch obwohl die EU unseren Alltag mitbestimmt, vertrauen die Parteien kaum auf Europa-Themen – und manche nicht mal ihrem Spitzenkandidaten.

Von Steven Geyer, Daniela Vates, Markus Decker, Alisha Mendgen und Jan Sternberg

Wahlkampf fürs Europaparlament – hey, weiterlesen, bitte! Ja, wir alle wissen es ja: Wahlkampf fürs Europaparlament ist kein Thema, mit dem man Begeisterungstürme auslöst. Sollte man aber. Schließlich ist ebenfalls bekannt, an wie vielen Stellen die EU unseren Alltag regelt – von Handkosten über Verbraucherschutz –, um vom großen Ganzen – Sie wissen schon: Binnenmarkt, Reisefreiheit, Frieden und so weiter – ganz zu schweigen. Und überhaupt: Wo sonst können die knapp 65 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland (erstmal ab einem Alter von 16) gemeinsam mit Wählern aus 26 anderen Nationen abstimmen?

An diesem Sonntag steigt sogar ein kleines Jubiläum: Es ist die zehnte Direktwahl zum Europäischen Parlament, immerhin die einzige europäische Institution, die direkt von den Bürgern und Bürgerinnen der EU bestimmt wird. Die Deutschen verteilen mit ihrem Votum 96 der insgesamt 720 Sitze auf 35 hierzulande zugelassene Parteien und andere politische Vereinigungen. Kein anderes EU-Land darf mehr Abgeordnete entsenden, Frankreich folgt zum Beispiel mit 81 Sitzen.

Bei der vorherigen Europawahl vor fünf Jahren – in einer Zeit vor Corona, Krieg und Ampelregierung – zogen Vertreter von 14 deutschen Parteien ins EU-Parlament, die meisten von CDU (23), Grünen (21), SPD (16) und AfD (11). Laut aktuellen Umfragen dürften CDU und AfD in diesem Jahr zulegen und SPD und Grüne verlieren.

Man sollte also meinen, diese 35 antretenden Parteien würden sich über all die Richtlinien und Verordnungen streiten, mit denen sie das Vereinte Europa verbessern wollen. Die deutschen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen wären auf allen Kanälen und die europaweiten Listenführer zumindest den Politikfans vertraut. Ist aber nicht so.

Sicher: Es herrscht Wahlkampf. Aber von den Wahlplakaten, die die größeren Parteien aufhängen, lächeln Menschen, die auf keiner Europawahlkarte stehen: Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Sahra Wagenknecht zum Beispiel. Die bleiben aber auch nach dem kommenden Sonntag in Berlin.

Und die Themen? Die Parteien, die im Bundestag gerade in der Opposition arbeiten, wollen vor allem damit punkten, dass sie die deutsche Regierungskoalition kritisieren. Die CDU/CSU setzt zusätzlich

„ Die Deutschen verteilen mit ihrem Votum 96 der insgesamt 720 Sitze auf 35 hierzulande zugelassene Parteien und andere politische Vereinigungen.“

immerhin darauf, das EU-weite Neu-Verbrenner-Verbot ab 2035 wieder kippen zu wollen. Das ist ziemlich konkret, verglichen mit Slogans, die vor allem aus Stichwörtern wie „Sicherheit“, „Besonnenheit“, „Frieden“, „Heimat“, „Demokratie“ und „Klima“ bestehen, welche man stärken, sichern, erhalten oder auch verbrennen für sich wirken lassen will. Aber wer verspricht was? Und mit welchen Gesichtern will man auftrumpfen? Wir haben uns im deutschen Europawahlkampf der stärksten Bundesparteien umgesehen.

► **SPD: Die Friedenskanzlerpartei**
Die SPD hat sich schon früh für ein Hauptthema in ihrer Europa-Kampagne entschieden: Warnung vor Rechtsextremismus. Die Abgrenzung zur AfD zieht sich durch alle Wahlkämpfe und bestimmt auch den für die Europawahl. Hier kommt eine weitere Dimension dazu: In vielen EU-Ländern sind Nationalisten und Rechtsextreme auf dem Vormarsch. Demokratie bewahren!, setzt die SPD dagegen und macht auch die Wahlbeteiligung zum Wahlkampfthema. Wählen gehen, also sein demokratisches Recht ausüben, sei besonders wichtig, um einen Rechtsruck zu verhindern. Die Erinnerung an die Parteigeschichte und die Verfolgung und Unterdrückung auch von Sozialdemokraten in der Zeit des Nationalsozialismus schwingt dabei mit.

Ausdrücklich werden die Errungenschaften der EU als einigender Mechanismus für den Kontinent betont. Außerdem wirft die Partei Olaf Scholz als Pfund in den Wahl-

kampf: Als Kanzlerpartei, so ist die Botschaft, könne man in Europa besonders viel erreichen. Die SPD setzt dabei einen Schwerpunkt, der auch schon den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr ahnen lässt: Mit Blick auf Russlands Krieg gegen die Ukraine rückt bei ihr die Vokabel „Frieden“ in den Vordergrund. Scholz' Agieren soll als vernünftig und besonnen interpretiert werden – und nicht als Zögerlichkeit, schon gar nicht als Kriegstreiberi.

„Klug abgewogen, zum richtigen Zeitpunkt und mit aller Konsequenz“, so will Scholz sein Vorgehen selbst verstanden wissen. Auch hier bringt die SPD historische Parallelen ins Spiel: ihre Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Scholz findet sich daher neben Spitzenkandidatin Katarina Barley, der früheren Bundesjustizministerin und heutigen Vizechefin des EU-Parlaments, auf den Plakaten. Thematisiert wird außerdem der klimagerechte Umbau der Wirtschaft, bei dem Arbeitsplätze geschützt werden sollen, und – klar: soziale Gerechtigkeit.

► **Grüne: Pfad der Tugend**

Die Grünen haben drei Konterfeis auf ihre Plakate drucken lassen: das von EU-Spitzenkandidatin Terry Reintke sowie jene von Vizekanzler Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock. Schließlich sind Letztere weitaus bekannter. Inhaltlich positioniert sich auch die Ökopartei als Gegengewicht zur AfD und anderen rechtsautoritären Kräften. „Wir als Grüne stellen uns mit allem, was wir haben, gegen diesen Rechtsruck“, sagte Reintke noch am Samstag beim Kleinen Parteitag in Potsdam. „Unter keinen Umständen werden wir mit Rechtsextremen im nächsten Europäischen Parlament zusammenarbeiten.“

Zudem streitet sie für den Green Deal, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) einst aus der Taufe hob und der in Brüssel ebenso wie die Abgrenzung nach Rechtsaußen mehr und mehr unter die Räder kommt. Green Deal bedeutet: die EU klimaneutral und wettbewerbsfähig zu machen. Man könnte es auch so sagen: Die Grünen betrachten es als ihre Aufgabe, von der Leyen auf dem Pfad der Tugend zu halten – am liebsten, indem sie der nächsten Kommission selbst angehören.

► **FDP: Eurofighterin „Strack-Zi“**

Die FDP konzentriert sich auf zwei Personen: Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Ursula von der Leyen. Die EU-Kommissionspräsidentin steht für die Liberalen für alles, was sie in der EU nicht mehr haben wollen: Bürokratie und Lavierungen gegenüber Demokratie-Verächtern wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban oder Rechtsextremen wie Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni. „Weniger von der Leyen, mehr von der Freiheit“, ist einer der FDP-Slogans.

Als Gegenmodell bietet sie die zuweilen knapp vor der Beleidigung scharf formulierende Spitzenkandidatin Strack-Zimmermann an. Mit der Verteidigungspolitikerin rückt auch die Sicherheitspolitik in den Fokus der Kampagne: „Strack-Zi“ fordert die forsche Unterstützung der Ukraine gegen Russlands Angriff. Angesichts des Aufschwungs von Rechtsaußen beschwört sie dezidiert den Wert der europäischen Einigung und warnt vor einer Wahl von AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht: Man dürfe nicht die nach Hause einladen, die „das Sofa unter dem Hintern anzünden“.

► **CDU/CSU: Die Anti-Ampel**

Der Unionswahlkampf ähnelt einem langsam schippernden Dampfer: unspektakulär, ruhig – und ziemlich langweilig. Die Strategie geht auf: CDU und CSU stehen stabil auf Platz eins der Umfragen, während die Ampelparteien weit dahinter rangieren. Es läuft für die Union auch deswegen, weil es für SPD, Grüne und FDP nicht gut läuft. Sie profitieren derzeit von der Anti-Ampelstimmung, die sie auf ihren Plakaten weiter anheizen: „Noch ein Grund, CDU zu wählen: die Ampel“.

Sonst wirbt die Partei auf schlicht gehaltenen türkisfarbenen Plakaten mit den Schlagworten „Freiheit, Sicherheit, Wohlstand“. Erst seit wenigen Tagen plakatiert die CDU ihre Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen und Parteichef Friedrich Merz, beide werden nicht ins Europaparlament einziehen. Von der Leyen will erneut Kommissionschefin werden und passt sich in den Wahlkampf ihrer Partei ein, der ihre Amtszeit zu viel Green und zu wenig Deal war.

Das Verbrennerverbot wollen CDU und CSU wieder zurücknehmen, dabei ist dies das Kernstück des europäischen Green Deals. Außerdem fordern sie eine Drittstaatenlösung, damit weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Die CSU setzt im Wahlkampf auf das bayerische Lebensgefühl, das aus ihrer Sicht nicht mit der Ampelpolitik zusammenpasst.

► **AfD: Kurs auf die Hooligans**

Kein anderer Spitzenkandidat bekam durch seine verschiedenen Affären so viel mediale Aufmerksamkeit wie Maximilian Krah von der AfD. Dass es negative war, ficht ihn nicht an. Die AfD-Kernklientel stört das nicht. Auch dass die Partei nicht weiß, was sie im EU-Parlament überhaupt vorhat, führt nicht zu einer größeren Delle in der Zustimmung. Den großen Rechtsparteien Westeuropas ist die Krah-AfD zu schmutzig geworden.

Krah ist das egal, er will sowieso lieber Chef einer „Hooligan-Fraktion“ mittel- und osteuropäischer Rechtsextremer werden. Andere sprechen von einer „Beziehungspause“ und glauben, dass die Französin Marine Le Pen die AfD wieder in die Arme schließen wird. Was für ein Europa die AfD will, weiß sie ebenfalls nicht. Zwar steht der „Dexit“ nicht mehr im Wahlprogramm, aber nicht wenige träumen nicht nur von einer Komplettrenovierung der EU, sondern von ihrer Zerstörung. Auch unklar ist die Bedeutung des AfD-Slogans „Unser Land zuerst“. Ist damit Russland gemeint? Oder China?

► **Linke und BSW: Gespalten**

„Krieg oder Frieden“ plakatiert das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), „Maulkorb oder Meinung“ und „Ampel oder Überholspur“. Einfache Gegensätze, schwarz und weiß – und deutlich eher auf die Bundespolitik als auf die EU gemünzt. Zu sehen sind nicht etwa die Gesichter der Spitzenkandidaten Fabio De Masi und Thomas Geisel, sondern einzig und allein die Gründerin. 20 Wahlkampfauftritte auf Marktplätzen absolviert Wagenknecht, die nicht für das EU-Parlament kandidiert.

Wenig überraschend fordert das BSW in seinem Europawahlprogramm das Ende der Russland-Sanktionen, die Rückkehr zu russischem Pipelinegas und „schnellstens“ einen Waffenstillstand in der Ukraine. Das fordert sonst nur noch die AfD. Laut Umfragen steuert das BSW auf einen soliden Einstand zu.

Anders Die Linke, die nach Wagenknechts Abspaltung übrig blieb: Sie befürwortet Sanktionen gegen „Putins Machtapparat, die Oligarch*innen und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung“. Mit ihren beiden Spitzenkandidaten, der parteilosen Aktivistin Carola Rackete und dem Co-Vorsitzenden Martin Schirdewan, setzt die Linke auf Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Der Erfolg bleibt in den Umfragen aus: Mit nur noch 3 Prozent Zustimmung läuft die Linke Gefahr, unter „Sonstige“ verbucht zu werden.



Nur eine von beiden steht zur Wahl: BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht (l.) und FDP-Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. FOTO: IMAGO/WÖLK

Von Sven Christian Schulz

Erster Kuss, erstes Mal, erste Wahl steht auf einem Plakat, das an vielen Bahnhöfen in Deutschland Erstwählerinnen und Erstwähler zur Teilnahme an der Europawahl aufruft. Erstmals können diesmal bereits Personen ab 16 Jahren in Deutschland an der Wahl für das Europäische Parlament teilnehmen. Vom 6. bis 9. Juni sind in der ganzen Europäischen Union 450 Millionen Menschen aufgerufen, mit ihrer Stimme die zukünftige Politik im EU-Parlament zu bestimmen. In Deutschland und den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten findet die Wahl am 9. Juni statt. Ein Überblick über die deutschen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten.

► **Ursula von der Leyen (CDU)**

Die amtierende EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist die wohl bekannteste Spitzenkandidatin bei der Europawahl. Dabei steht sie gar nicht für einen Sitz im Parlament auf den Stimmzetteln, sondern bewirbt sich um eine zweite Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission. Wählen kann man sie also nicht direkt. Doch die größte Parteienfamilie im Parlament besetzt in der Regel auch diesen Topjob. Die CDU hofft, mit von der Leyen als Aushängeschild der Europäischen Union ihren Bekanntheitsfaktor für die Wahl nutzen zu können.



Ursula von der Leyen
FOTO: IMAGO

Die 65-jährige Niedersächslerin hat Medizin studiert, war Verteidigungsministerin und hat die EU durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine geführt.

Keine Spitzenpolitikerin war so häufig in Kiew wie sie. Das Magazin „Forbes“ kürte sie wiederholt zur mächtigsten Frau der Welt. „Was ich spüre, ist weniger ein Gefühl von Macht als ein Gefühl großer Verantwortung“, sagte sie kürzlich im RND-Interview. Von der Leyen hat sich als EU-Kommissionspräsidentin politisch flexibel gezeigt, arbeitete mit Grünen ebenso zusammen wie mit Konservativen. In die Kritik geriet sie, weil sie Corona-Impfstoffe für die EU-Bürger per SMS beim Boss des Pharmariesen Pfizer bestellt haben soll. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern noch an.

Statt von der Leyen stehen je nach Bundesland verschiedene CDU-Politiker auf dem Wahlzettel. Als einzige Partei hat die CDU Landeslisten und nicht eine große Liste für ganz Deutschland. In Niedersachsen steht der frühere Ministerpräsident David McAllister (53) an der Spitze, der zuletzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament war. In NRW führt der Gesundheitspolitiker Peter Liese (58) die Liste an, in Schleswig-Holstein ist es Niclas Herbst (51) – einziges deutsches Mitglied im Fischereiausschuss des Parlaments.

► **Manfred Weber (CSU)**

Pro Europa, Pro Ukraine und Pro Rechtsstaat – das sind die für den 51-jährigen Manfred Weber zentralen Positionen. Er ist Partei- und Fraktionsvorsitzender der christlich-konservativen Partei-einfamilie EVP, hier stellen CDU/CSU die meisten Abgeordneten, und damit eine der einflussreichsten Personen im Parlament. Der studierte Ingenieur stammt aus Niederbayern, hatte dort zwei Beratungsfirmen gegründet und wechselte 2004 ins EU-Parlament.



Manfred Weber
FOTO: IMAGO

Bei der letzten Wahl trat er als Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten an, konnte aber nicht alle Staatschefs überzeugen. Daher kam von der Leyen ins Spiel. Weber will die Asylpolitik der EU verschärfen und die Verteidigungspolitik stärken. „Wir



Wahlplakate überall: Diese hängen in Schwerin, wo es am 9. Juni gleichzeitig zu Europa- und Kommunalwahlen kommt.

FOTO: JENS BÜTTNER/DPA

gierte sich als Kapitänin bei der Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer und will sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. „Die Reichen mit ihren Konzernen und ihrer Lobbykraft haben soziale und ökologische Katastrophen verursacht und befeuern sie noch weiter“, sagte sie. Die 36-Jährige sieht ebenso wie Schirdewan den Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen der EU als einen Verstoß gegen europäische Menschenrechte. Der Linksfraktionschef setzt sich vor allem für mehr Steuergerechtigkeit und den Kampf gegen Finanzkriminalität ein.



Carola Rackete
FOTO: IMAGO

► **Maximilian Krah (AfD)**

Die rechtsextreme AfD schickt Maximilian Krah als Spitzenkandidat in den Wahlkampf, der bereits im Europaparlament sitzt und für verschiedene Skandale gesorgt hat. Der Verfassungsschutz hat Äußerungen des 47-jährigen Juristen als völkisch-nationalistisch, fremdenfeindlich und verfassungsfeindlich eingestuft. Krah hat acht Kinder aus drei Beziehungen und arbeitete einst als Anwalt, gab seine Zulassung aber Anfang des Jahres zurück. Krah pflegt eine große Nähe zu Russland und China. Der AfD-Politiker war häufig bei russischen Propagandakanälen wie dem sanktionierten Portal Voice of Europe oder dem Staatssender Russia Today in Interviews zu Gast. Der Parteizeitung der Kommunistischen Partei Chinas gab er ebenfalls ein großes Interview. Selbst in der eigenen Rechtsaußenfraktion im Parlament war er hoch umstritten. Drei Wochen vor der Wahl wurde die ganze AfD nach einer Äußerung Krahs über den Nationalsozialismus aus der Fraktion rausgeworfen. Zuvor war er bereits mehrmals suspendiert worden. Die Staatsanwaltschaft hat erste Ermittlungen eingeleitet, weil der Verdacht besteht, dass Krah Gelder aus China und Russland erhalten haben soll. Er wies dies stets zurück.



Maximilian Krah
FOTO: IMAGO

► **Fabio De Masi und Thomas Geisel (BSW)**

Mit einer Doppelspitze tritt erstmals bei einer Wahl auch das Bündnis Sahra Wagenknecht an – allerdings ohne Sahra Wagenknecht. Während sie in Berlin bleibt, will die im Januar gegründete Partei den früheren Düsseldorf Oberbürgermeister Thomas Geisel (60) und den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Fabio De Masi (44) nach Brüssel schicken. Geisel war zuvor in der SPD,



Fabio De Masi
FOTO: IMAGO

De Masi bei der Linkspartei. Als Abgeordneter bei den Linken hatte der studierte Volkswirt die Aufklärung von Finanzskandalen vorangetrieben, darunter der milliardenschwere Steuerbetrug von Banken mit Cummex-Geschäften und die mangelnde Aufsicht beim insolventen Finanzdienstleister Wirecard. Geisel ist Jurist und arbeitete nach der Wende für die Treuhand. Zuletzt sprach er sich für ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und für Verhandlungen mit Russland aus – ganz auf Linie mit Parteifreundin Wagenknecht.



Thomas Geisel
FOTO: IMAGO

Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags ist sie ein gefragter Talkshowgast zur Sicherheits- und Außenpolitik.

Die 66-Jährige hat Publizistik, Politik und Germanistik studiert und zunächst in einem Verlag gearbeitet, bevor sie vor wenigen Jahren in die Bundespolitik wechselte. Dass sie mit dem politischen Betrieb in Brüssel noch nicht vertraut ist, machten jüngst mehrere Patzer deutlich. In einer TV-Debatte verortete sie Parteien in den falschen Fraktionen oder brachte EU-Institutionen durcheinander, als sie von Ungarns Ukraine-Blockade sprach. Dabei war sie immer wieder mit der EU-Politik konfrontiert, etwa wenn sie sich mit Kolleginnen und Kollegen der ALDE-Partei austauschte, der Allianz der Liberalen auf europäischer Ebene. Im nächsten EU-Parlament wird sie unter Beweis stellen müssen, dass sie mehr als nur Verteidigungspolitik kann.

► **Martin Schirdewan und Carola Rackete (Linke)**

Ein Partei- und Fraktionschef und eine parteilose Kapitänin: Die Linken gehen mit einer Doppelspitze in die Europawahl und haben mit Martin Schirdewan einen erfahrenen Fraktionschef aus Brüssel und zugleich Vorsitzenden der deutschen Linkspartei als Spitzenkandidat aufgestellt. An seiner Seite wirbt die frühere Kapitänin des Seenotkreuzers „Sea-Watch 3“, Carola Rackete, um Stimmen.

Die parteilose Kandidatin soll das lahm gewordene Schiff der Linken zurück auf Kurs bringen. Rackete hat Nautik und Naturschutzmanagement studiert, enga-



Martin Schirdewan
FOTO: IMAGO

men. Abgeschreckt hat sie das nie. Die Grünen-Politikerin kämpft für europäische Werte und eine faire Sozialpolitik, aber auch für eine starke klimaneutrale Wirtschaft, wie sie bei einem Gespräch in ihrem Büro mit dem RND deutlich machte.

„Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und China nicht die Vorreiterschaft bei der grünen Transformation überlassen, sondern jetzt die Weichen dafür stellen, dass Europa in eine eigene starke Infrastrukturunion investiert und die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie stemmt.“ Europa sieht sie als Industriestandort im Wettstreit mit den USA, China und anderen Staaten, und die EU drohe gerade den Anschluss zu verlieren.



Terry Reintke
FOTO: IMAGO

► **Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)**

„Oma Courage“ ist auf Fotos mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu lesen, die sich selbst gleichzeitig als „Eurofighterin“ bezeichnet. Was ist die 66-jährige Spitzenkandidatin denn nun? In Brüssel erklärte sie: „Ich bin eine Oma, die couragiert ist und gerne Eurofighter fliegt.“ Und sie sei wirklich schon einmal mit dem Kampfjet geflogen, fügt sie etwas stolz hinzu. Die FDP-Politikerin ist in Deutschland für ihre kompromisslose pro-ukrainische Haltung und ihre scharfe Kritik an Russland bekannt. Als



Marie-Agnes Strack-Zimmermann
FOTO: IMAGO

Mängeln bei der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn eingefrorene EU-Mittel freigegeben hat, im informellen Tausch, damit Orban die europäische Ukraine-Hilfe nicht länger blockiert. „Wenn das alle machen, können wir die EU auch zumachen“, sagte sie dem RND. Den Kampf für den Erhalt der Demokratie und europäischen Werte machte sie zu ihrem Kernthema.

► **Terry Reintke (Grüne)**

In Deutschland bisher weitgehend unbekannt, in Brüssel dagegen an der Spitze der Grünen: Terry Reintke (36) will nach dem Höhenflug ihrer Partei bei der letzten Wahl den großen Absturz am 9. Juni verhindern. Die gebürtige Ruhrgebietlerin führt seit zwei Jahren die Fraktion im EU-Parlament an und hat sich dort als geschickte Aushandlerin von Kompromissen erwiesen.

An einigen Wahlkampfveranstaltungen nimmt auch ihre Partnerin teil, die französische Senatorin Mélanie Vogel. Reintke hat den Ruf, angstfrei und kämpferisch zu sein. Auf einer Pride in Kiew machten Hooligans Jagd auf sie, und in der Türkei wurde sie schon festgenom-

wollen den europäischen Verteidigungspfeiler schnell ausbauen, etwa durch eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern und einen neuen EU-Verteidigungskommissar, der genau hier koordinieren kann“, sagte er dem RND.

► **Katarina Barley (SPD)**

Kaum jemand verkörpert Europa so gut wie die 55-jährige Katarina Barley. Ihr Vater ist Briten, ihre Mutter Kölnerin, studiert hat sie unter anderem in Paris, wo sie auch ihren ersten Ehemann, einen Spanier, kennenlernte. Ihr zweiter Mann ist Niederländer, promoviert hat sie über das europäische Kommunalrecht. Barley war Familien- und Justizministerin, ehe sie ins Europäische Parlament gewählt wurde.

Dort ist sie Vizepräsidentin und sorgt mit ihrem forschen Auftreten gegen Populisten und Autokraten wie den Ungar Viktor Orban für Beachtung. Scharf kritisierte Barley, dass die EU-Kommission trotz



Katarina Barley
FOTO: IMAGO

WER TRITT AN – UND WOFÜR?

Auf den Wahlplakaten lächeln die Spitzenleute bereits seit Wochen um die Wette und werben um Stimmen für die Europawahl. Ein Überblick über die Zugpferde, Eurofighter und Kapitäninnen, mit denen die Parteien antreten.

1

Um welches Musikstück handelt es sich bei der Eurovisionshymne, die vor multinationalen TV-Übertragungen wie dem Eurovision Song Contest ertönt?

A) Es ist ein Ausschnitt aus dem Präludium des „Te Deum“ in D-Dur (Werkverzeichnis: H. 146) des französischen Komponisten Marc-Antoine Charpentier aus dem 17. Jahrhundert.

B) Es ist ein Ausschnitt aus Ludwig van Beethovens Vertonung von Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ aus der Neunten Symphonie von 1824.

C) Es ist ein Ausschnitt aus der Toccata zu Beginn von Claudio Monteverdis Oper „L'Orfeo“ (Werkverzeichnis SV 318) von 1607, die Carl Orff im Jahr 1925 neu gefasst hat.

D) Es handelt sich um die ersten Takte der Barcarole aus der Phantastischen Oper „Hoffmanns Erzählungen“ des deutsch-französischen Komponisten Jaques Offenbach von 1881.

2

Welcher Austritt aus der Europäischen Union ereignete sich bereits vor dem britischen Brexit?

A) Der Martiniquexit: Das französische Übersee-Departement Martinique in der Karibik verließ die EU im Jahr 2003, gehört aber weiter zu Frankreich.

B) Der Grönxit: Grönland trat 1985 aus der Europäischen Gemeinschaft aus. Die Insel gehört zwar zu Dänemark, ist aber kein Teil der EU.

C) Der Azorxit: Die Azoren im Atlantik verließen die EU bereits 1988, gehören aber weiter zu Portugal.

D) Der Liechtensteinxit: Das kleine Fürstentum Liechtenstein war in der Frühphase der EU für wenige Monate Mitglied der Union, entschied sich aber nach einer politischen Probephase dagegen.

3

Wofür dürfen sich Jugendliche in der EU anlässlich ihres 18. Geburtstags bewerben?

A) Für einen blauen Kapuzenpulli.

B) Für einen Kulturpass über 200 Euro als Gutschein für Kinobesuche, Konzerte oder Theateraufführungen.

C) Für einen 30-tägigen Travel Pass zur kostenlosen Benutzung von Zügen in der EU.

D) Für eine doppelte Staatsbürgerschaft (neben ihrer bestehenden) in einem weiteren EU-Land ihrer Wahl.

4

Warum hat die Flagge der Europäischen Union nur zwölf Sterne, obwohl die EU 27 Mitgliedsländer umfasst?

A) Die Designer wollten Ähnlichkeiten mit den Sternen auf der US-amerikanischen Fahne vermeiden.

B) Die Sterne symbolisieren die zwölf Gründungsstaaten der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ im Jahr 1951.

C) Der Kreis der zwölf Sterne auf blauem Grund hat mit der Zahl der EU-Staaten nichts zu tun, sondern ist ein Symbol für Einheit, Solidarität und Harmonie.

D) Ursprünglich planten die Gründer der Gemeinschaft, nicht mehr als zwölf Mitglieder aufzunehmen. Im Falle einer weiteren Vergrößerung sollte ein ganz neues Regelwerk unter neuem Namen mit neuer Flagge aufgesetzt werden. Die zwölf Sterne stehen bis heute für die damals vorgesehene EU-Maximalgröße.

5

Welche dieser Textpassagen kommt in der damals als eher peinlichen belächelten SPD-Europahymne „Wir sind Europa“ aus dem Europawahlkampf 1989 vor?

A) „Wir wollen wie die Wolken sein / Nichts stoppt unseren Flug / Jetzt sind wir am Zug.“

B) „Denn wir woll'n ein Land, wo's nie mehr Kriege gibt / Wo man die Siege liebt, die friedlich sind“

C) „Europa braucht frischen Wind / Ideen, die für morgen sind. / Menschenskind, packt an, bevor die Nordsee stirbt / und auch der Wald verdirbt / an unserm Dreck.“

D) „Europa braucht Leidenschaft / Europa braucht uns're ganze Kraft / Yeah yeah! / Wir sind Europa!“

6

Wo liegt der geografisch höchste Punkt der Europäischen Union?

A) Der höchste Punkt der EU liegt 408 Kilometer über der Erdoberfläche, denn die Internationale Raumstation ISS, die in dieser Höhe auf einer Umlaufbahn um die Erde kreist, gehört rechtlich gesehen zur Europäischen Union.

B) Der höchste Punkt liegt in den Alpen zwischen Italien und Frankreich in einer Höhe von 4805 Metern am Mont Blanc.

C) Der höchste Punkt liegt am Mulhacén in der spanischen Provinz Granada in der Sierra Nevada in einer Höhe von 4962 Metern.

D) Der höchste Punkt liegt in der Slowakei: Es handelt sich um die Hohe Tatra mit einer Maximalhöhe von 4969 Metern. Zwischen Spanien und der Slowakei gibt es wegen des geringen Höhenunterschieds regelmäßig Streitigkeiten um die exakte Vermessung ihrer Bergmassive.



WAS WISSEN SIE ÜBER EUROPA?



Wie heißt die Eurovisionshymne richtig? Warum zeigt die EU-Flagge zwölf Sterne? Und wie lautet das offizielle Motto der EU? Testen Sie Ihr Wissen über den sympathischen Kontinent in unserem großen Quiz in zwölf Fragen, zusammengestellt von Imre Grimm.

7

Wo hat das Wort „Europa“ seinen Ursprung?

A) Das Wort Europa geht auf das altgriechische Εὐρώπη (Eurōpē) zurück, ein Kompositum aus εὐρύς, eurýs (weit, breit) und ὤψ, óps (Sicht, Gesicht).

B) In der griechischen Mythologie ist Eurōpē der Name der Tochter des phönizischen Königs Agenor und seiner Frau Telephassa, in die sich der Götterkönig Zeus unsterblich verliebt und die er in Stiergestalt schwimmend auf seinem Rücken nach Kreta entführt.

C) Phonetisch hat das Wort Europa nach neuerer Sprachwissenschaft seinen Ursprung im akkadischen oder phönizischen Wort (ʿ)erebu beziehungsweise (ʿ)arab, was untergehen bedeutet (bezogen auf die Sonne) – sowie dem davon abgeleiteten phönizischen Cerob für Abend, Westen. Europa beschreibt demnach das Abendland.

D) Der griechische Schriftsteller und Geograf Herodot prägte im 5. Jahrhundert vor Christus den Begriff Eurōpē, der zunächst nur als geografische Bezeichnung des Peloponnes in Griechenland diente, auch als Namen für das gesamte Land nördlich des Mittelmeers und des Schwarzen Meers.

8

Für die politische Gestaltung der EU sind unter anderem folgende Gremien zuständig: der Europäische Rat, der Rat der EU und der Europarat. Worin unterscheiden sie sich?

A) Gar nicht. Es handelt sich um drei verschiedene Bezeichnungen für dasselbe Gremium.

B) Die Mitglieder des Europäischen Rates werden alle fünf Jahre per Zufallsgenerator ausgewählt. Jedes Land hat drei Sitze. Im Rat der EU sitzen hingegen Fachleute der verschiedenen Ressorts. Der Europarat wiederum ist quasi das Führungsgremium des Europäischen Parlaments.

C) Im Europäischen Rat sitzen die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer. Im Rat der EU, auch Ministerrat genannt, versammeln sich je nach Thema die jeweiligen Fachminister der EU-Länder. Der Europarat wiederum ist kein Organ der Europäischen Union, sondern ein eigenständiger Zusammenschluss von 46 europäischen Staaten.

D) Der Europäische Rat hieß früher Rat der EU, wurde nach einem Beschluss des Europarates aber 1998 umbenannt. Der Europarat wiederum hieß früher Rat der EU, wurde auf Beschluss der Europäischen Kommission aber 2001 ebenfalls umbenannt, um mehr Klarheit zu schaffen. Das misslang.

9

Welche Sprache in der EU weist die meisten Muttersprachler auf?

- A)** Deutsch
- B)** Französisch
- C)** Englisch
- D)** Italienisch

10

Was war der Schumann-Plan?

A) Mit dem Schumann-Plan bezeichneten die Medien Ende der Achtzigerjahre die Absicht des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, einen Ausschnitt der Frühlingssymphonie des Komponisten Robert Schumann von 1841 zur neuen EU-Hymne zu machen.

B) Der Schumann-Plan war ein politischer Vorschlag für die Zusammenlegung der westdeutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg, der am 9. Mai 1950 (dem heutigen Europatag) vom damaligen französischen Außenminister Robert Schuman vorgebracht wurde und als Grundstein der europäischen Einigung gilt.

C) Der Schumann-Plan war eine friedenspolitische Idee des sächsischen Generalmajors Adolf Schumann (1822–1907), der sich nach dem Deutsch-Französischen Krieg dafür stark machte, das unterlegene Frankreich fair zu behandeln.

D) Der Schumann-Plan ist eine historische Karte des spätmittelalterlichen Kartographen Alphonse R. Schumann (1488–1556) von etwa 1550, die zum ersten Mal den geografischen Raum kartographiert, der die heutige EU umfasst.

11

Welche neun Länder umfasst die aktuelle Liste der offiziellen EU-Beitrittskandidaten?

A) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Republik Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Ukraine.

B) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Großbritannien, Moldau, Republik Montenegro, Vatikanstadt, Serbien, Türkei, Ukraine.

C) Albanien, Australien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Republik Montenegro, Serbien, Türkei, Uganda.

D) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Russland, Georgien, Lampsak, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Ukraine.

12

Wie lautet das offizielle Motto der Europäischen Union, das im Jahr 2000 im Zuge eines Schülerwettbewerbs in den damals 15 EU-Staaten ausgewählt wurde?

A) In Vielfalt geeint.

B) Wir sind Europa.

C) Zusammen ist man weniger allein.

D) Wenn die Sonne lacht, Blende Acht.



Die Antworten: (1) A – (2) B – (3) C – (4) C – (5) A, B, C, D – (6) B, 7) A, B, C, D – (8) C – (9) A – (10) B – (11) A – (12) A
0 bis 3 richtige Antworten: Es ist noch ein weiter Weg bis zu Ihrer persönlichen, emotionalen Vollmitgliedschaft in der EU. Bleiben Sie dran!
4 bis 7 richtige Antworten: Respekt! Ihre Europa-Expertise ist beeindruckend! Noch ein paar Details, dann macht Ihnen in Sachen Europa Glückwunsch zu Ihrem faszinierenden Wissen.
8 bis 11 richtige Antworten: Sie sind ein echter Europäer! Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem faszinierenden Wissen.
12 richtige Antworten: Frau von der Leyen, sind Sie das? EU-Funktionsträgerinnen dürfen hier leider gar nicht teilnehmen.

IMPRESSUM
Herausgeber
 RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH
 August-Madsack-Straße 1
 30559 Hannover
 Geschäftsführung:
 Thomas Düffert, Bernhard Bahners
 Registergericht: Amtsgericht Hannover
 Registernummer: HRB 209608
 Umsatzsteuer-ID gemäß §27a Umsatzsteuergesetz: DE 292199623

E-Mail: info@RND.de
 Internet: www.RND.de
Chefredaktion
 Chefredakteure: Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
 Mitglieder der Chefredaktion:
 Manuel Becker, Stefanie Gollasch
Konzeption und Umsetzung
 Claus Baldauf, Manuel Becker, Michael Pohl,
 Dirk Schmalzer, Kristian Teetz
 E-Mail: info@RND.de
 Internet: www.RND.de

Für alle Inhalte dieses Angebotes ist verantwortlich i. S. v. § 18 Abs. 2 MStV:
 Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
 August-Madsack-Str. 1
 30559 Hannover
Anzeigen
 Patrick Bludau (verantwort.)
Quellenhinweis
 Die RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH nutzt u.a. Bild- und Textmaterial folgender

Agenturen und Nachrichtendienste:
 dpa, AP, epd, Getty Images, imago

Rechtliche Hinweise
 Seit dem 9. Januar 2016 gilt die Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Streitigkeiten (kurz: ODR-Verordnung). Sie dient der Stärkung der Verbraucherrechte. Die Europäische Kommission stellt unter <https://webgate.ec.europa.eu/odr/> eine entsprechende Plattform zur außergericht-

lichen Onlinestreitbeilegung bereit. Unsere E-Mail-Adresse finden Sie oben im Impressum.

Informationen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)
 Wir sind zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle weder bereit noch verpflichtet.
 Alle Rechte vorbehalten

DIE EU UND ICH

Was regelt eigentlich die berühmte Brüsseler Regelungswut außer den offenen Grenzen und der gemeinsamen Währung in vielen Mitgliedsländern? Richtlinien und Gesetze wirken sich auf diverse Lebensbereiche positiv aus. Sechs Beispiele von Sven Christian Schulz.



FOTO: IMAGO/ROLF POSS

DIE BESTEN REIFEN DANK EU-SIEGEL

Worauf rollt das Auto am besten? Die Europäische Union will die Orientierung erleichtern

Die EU hat ein eigenes Reifenlabel eingeführt, damit Autofahrerinnen und Autofahrer im Dschungel der vielen Reifen leichter ein gutes Modell mit hoher Kraftstoffeffizienz und geringen Emissionen finden können. Optisch erinnert es stark an die EU-Energieeffizienzlabel, die schon lange auf Kühlschränken, Backöfen und anderen Elektrogeräten zu finden sind. Seit 2021 gibt ein ähnliches Label nun Orientierung beim Reifenkauf. Die europaweite Kennzeichnungspflicht gilt für alle Reifen, die nach dem 30. Juni 2012 produziert wurden.

Die Details des Reifenlabels regelt die EU-Verordnung 2020/740. Als Ziel ist die „Erhöhung der Sicherheit, des Gesundheitsschutzes sowie der wirtschaftlichen und ökologischen Effizienz des Straßenverkehrs durch die Förderung kraftstoffeffizienter, langlebiger und sicherer Reifen mit geringem Rollgeräusch“ festgeschrieben.



Das EU-Reifenlabel soll die Kaufentscheidung erleichtern. FOTO: EU

Verbraucherinnen und Verbraucher können sich nun beim Reifenkauf für ein Modell mit besserer Nasshaftung entscheiden, das den Bremsweg deutlich verkürzt und damit die Sicherheit erhöht. Ein Auto mit Reifen der Klasse A kommt bei einer Vollbrem-

sung aus 80 km/h 18 Meter früher zum Stehen als ein Auto mit Reifen der Klasse E.

Weniger Spritverbrauch

Außerdem zeigt das Reifenlabel deutlich, wie laut ein Reifen ist und wie viel Kraftstoff er einspart. Die EU-Kommission schätzt, dass Autofahrerinnen und Autofahrer durch spritsparendes Fahren jährlich an der Tankstelle 2,8 Milliarden Euro sparen können.

Gleichzeitig senkt der geringere Kraftstoffverbrauch durch bessere Reifen die Treibhausgasemissionen des Straßenverkehrs. Sie liegen in der EU bei über 20 Prozent und müssen deutlich reduziert werden, um bis 2050 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Anstelle von Fahrverboten können emissionsarme Reifen dazu beitragen. Die EU erhofft sich von der Reifenkennzeichnung eine Einsparung von zehn Millionen Tonnen CO₂-Emissionen. Das entspricht in etwa der CO₂-äquivalenten Menge, die in München jährlich ausgestoßen werden.

Natürlich ist die Bewertung anhand von drei Kriterien nicht so ausführlich wie die großen Testreihen unabhängiger Fachzeitschriften. Doch Autofahrerinnen und Autofahrer erhalten zumindest eine Orientierung.

Die EU-Richtlinie schreibt die genauen Testverfahren vor, nach denen die Hersteller ihre Reifen klassifizieren. Damit stufen die Unternehmen ihre Reifen zwar letztlich selbst ein, kritisiert unter anderem der ADAC. Allerdings sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Produkte auf dem Markt zu kontrollieren. In Deutschland sind dafür die entsprechenden Landesbehörden zuständig. Bei Verstößen können sie die Unternehmen zur Kasse bitten.

HILFT DER MERCOSUR MIT MEDIZIN?

Auf dem Handelsabkommen mit Südamerika ruhen Hoffnungen, wenn Europa seine Lieferketten neu aufstellt

Der Medikamentenmangel in der Europäischen Union könnte einer Studie zufolge zum Dauerzustand werden. Es sei „neue Normalität“ geworden, dass wichtige Medikamente wie Antibiotika, Fiebersaft für Kinder und Mittel gegen Epilepsie fehlen. Das habe „ernsthafte Auswirkungen in EU-Ländern“, so eine Untersuchung der britischen Denkfabrik Nuffield Trust. Die EU will ihre Lieferketten diversifizieren und sich unabhängiger von asiatischen und indischen Lieferanten machen. Eine Chance könnte das seit vielen Jahren verhandelte Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay bieten.

„Die vier Länder, insbesondere Brasilien und Argentinien, verfügen über signifikante Kapazitäten zur Arzneimittelproduktion und ein wachsendes Know-how in diesem Bereich“, sagt Gesundheitsminister Peter Liese (CDU). Die EU könne den Ländern helfen, sich zu entwickeln und gleichzeitig Alternativen für den Fall aufzubauen, dass China und Indien wie zuletzt oft ausfallen.

Versorgungslage ist „kritisch“

Immerhin stuft die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) die Versorgungslage von mehr als 300 Arzneimitteln als „kritisch“ ein. Aus der EU sollen im Zuge von Mercosur Autos und andere Industriegüter sowie Alkohol, Pestizide und Milchprodukte leichter verschifft werden. In Brüssel will man die Abhängigkeit von China verringern.

Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik kommt zu dem Schluss, dass ein Mercosur-Abkommen großes Potenzial gegen den Medikamentenmangel bietet. Die Staaten hätten bereits „beträchtliche Herstellungskapazitäten“, zugleich gebe es noch Wachstumspotenzial. Konzerne aus Argentinien und Brasilien

besitzen der Studie zufolge auf dem heimischen Markt mehr als die Hälfte des Marktanteils. Auch Uruguay und Paraguay solle man nicht aus dem Auge verlieren, so die Studie.



Wichtige Antibiotika werden in Europa immer wieder knapp. FOTO: DPA

Allerdings sehen in Brüssel nicht alle das Abkommen als Chance. „Durch das EU-Mercosur-Abkommen könnte die EU ihre Lieferketten für Arzneimittel kaum diversifizieren, denn die Produktion in den Mercosur-Ländern ist marginal im Vergleich zu der Produktion in den EU-Ländern“, so Anna Cavazzini (Grüne), Vorsitzende des EU-Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. „Andersrum könnte es sein, dass durch das Handelsabkommen das Gesundheitswesen in Ländern wie Brasilien unter Druck gerät“, sagte sie dem RND.

Die Verhandlungen dauern schon mehr als 20 Jahre an und standen Anfang des Jahres kurz vor dem Abschluss. Das EU-Mercosur-Abkommen soll eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen und den Warenfluss zwischen Südamerika und der EU vereinfachen. Mehr als 720 Millionen Menschen und fast 20 Prozent der Weltwirtschaft umfassen beide Regionen zusammen. In Brüssel hoffen Politikerinnen und Politiker, dass nach der Europawahl die Mercosur-Verhandlungen wieder an Fahrt aufnehmen und es zeitnah zu einer Einigung kommt.

WIE EUROPA URLAUBER RETTET

Wer Flug und Hotel im Paket bucht, ist gesetzlich abgesichert – dahinter steckt eine EU-Richtlinie

Als der Reisekonzern FTI in dieser Woche Insolvenz anmeldete, war die Sorge bei Urlauberinnen und Urlaubern groß, dass ihr Geld für gebuchte Reisen weg sei. Viele sahen sich schon auf Balkonien statt auf Mallorca sitzen. Doch ein Gesetz der Europäischen Union sorgt dafür, dass man sein Geld für die Pauschalreise zurückbekommt.

Mit der Richtlinie 2015/2302 will die EU den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit bei der Reisebuchung geben. „Die Mitgliedsstaaten sollten gewährleisten, dass Reisende, die eine Pauschalreise erwerben, vor der Insolvenz des Reiseveranstalters in vollem Umfang geschützt sind“, heißt es im Gesetzestext. Die Richtlinie existiert bereits seit den 1990er-Jahren und verpflichtet die Unternehmen, einen Reisesicherungsschein auszustellen. Diesen gibt es für alle Pauschalreisen, also wenn eine Reise mit mindestens zwei Leistungen als Paket gebucht wurde, beispielsweise Flug mit Hotel.

Die EU schreibt sogar vor, dass genug Geld zurückgelegt werden muss, um Reisende im Fall einer Insolvenz wieder nach Hause zu befördern. Niemand soll im Urlaubsland festsitzen, nur weil der Reiseveranstalter insolvent geht. Um dies

sicherzustellen, sind deutsche Reiseveranstalter verpflichtet, einen Vertrag beim Deutschen Reisesicherungsfonds abzuschließen. Er springt ein, wenn der Anbieter zahlungsunfähig ist, erstattet geleistete Zahlungen für Buchungen und kümmert sich um die Rückreise.

Ein Fonds sichert das Risiko ab

Als mit Thomas Cook 2019 der zweitgrößte Reiseveranstalter Europas pleite war, strandeten rund 150.000 Deutsche im Ausland und mussten zurückgeholt werden. Mehr als eine halbe Million weitere Touristinnen und Touristen hatten ihre Reise schon bezahlt, aber noch nicht angetreten. Allerdings gab es nun ein Problem: Thomas Cook hatte sich für den Fall einer Insolvenz zwar bei der Zurich Versicherung abgesichert, doch die Versicherungssumme von 110 Millionen Euro reichte nicht aus.

Der deutsche Staat sprang daraufhin ein und ersetzte den restlichen Schaden auf freiwilliger Basis. Allerdings musste er zugeben, dass er die EU-Richtlinie nur stümperhaft umgesetzt hatte. Damit sich eine solche Situation nicht wiederholt, wurde der Deutschen Reisesicherungsfonds gegründet. Dort sind heute von Aida bis Alltours alle großen Reiseanbieter ab 10 Millionen Euro Jahresumsatz versichert. Auch der Reisekonzern FTI, der am 3. Juni Insolvenz anmeldete. „Dieser Fonds ist ein Resultat des Verbraucherschutzes in der EU, europäische Regeln verringern das Risiko für Pauschalreisende“, sagte SPD-Verbraucherpolitiker René Repasi.

Die EU-Richtlinie bringt aber noch weitere Vorteile mit sich. Sie schreibt vor, dass Pauschalreisen übertragbar sein müssen. Das ist praktisch, wenn man die Reise etwa krankheitsbedingt nicht antreten kann und sie nicht stornierbar ist.



Eine EU-Richtlinie schützt Pauschalreisende. FOTO: SCHORMANN



FOTO: IMAGO/ROLF POSS

BRÜSSEL HILFT BEIM ABNEHMEN

Die richtige Ernährung ist wichtig – auch deswegen werden Werbeversprechen kontrolliert

Wenn ein paar Pfunde verlieren will, greift im Supermarkt gern zu fettarmen oder zuckerreduzierten Produkten. Mit vielen Versprechungen werben die Hersteller für ihre Lebensmittel, um sich von der Konkurrenz abzuheben. Doch die Unternehmen können sich nicht einfach ein paar gut klingende Werbeaussagen ausdenken, sondern müssen strenge Vorgaben der Europäischen Union einhalten.

Immer mehr Lebensmittel würden in der EU mit nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben gekennzeichnet und mit diesen Angaben beworben, heißt es in der EU-Verordnung 1924/2006. Sie regelt Werbeaussagen von Lebensmitteln und in Werbekampagnen. „Verbraucherinnen und Verbraucher können sich darauf verlassen, dass die Angaben ‚zuckerfrei‘ auf der Limonade oder ‚fettreduziert‘ auf den Chips stimmen müssen“, sagte die Vorsitzende des EU-Ver-



Die EU unterstützt eine gesunde Ernährung. FOTO: J. T. DOAN/PEXELS

braucherschutzausschusses, Anna Cavazzini (Grüne), dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „In der ganzen EU gilt seit 2007, dass gesundheitsbezogene Aussagen auf Lebensmitteln anhand festgelegter Kriterien vorab zugelassen werden müssen.“

Konkret heißt das: Damit ein Lebensmittel als „fettarm“ bezeichnet werden darf, muss es weniger als drei Gramm Fett pro 100 Gramm oder weniger als 1,5 Gramm Fett pro 100 Milliliter Flüssigkeit enthalten. Auch für „zuckerarm“ gilt eine Höchstmenge von fünf Gramm Zucker pro 100 Gramm beziehungsweise 2,5 Gramm Zucker pro 100 Milliliter bei flüssigen Lebensmitteln.

Was bedeutet „zuckerfrei“?

Die Bezeichnung „ohne Zuckerzusatz“ ist nur erlaubt, wenn dem Lebensmittel tatsächlich kein süßender Stoff zugesetzt wurde. Eine „zuckerfreie“ Limonade darf nicht einmal ein Gramm Zucker pro 100 Milliliter enthalten. Ähnlich strenge Kriterien gelten für die Werbung mit „hohem Gehalt an Omega-3-Fettsäuren“ und „hohem Proteingehalt“. Bei Letzterem muss ein Lebensmittel mindestens 20 Prozent Eiweiß enthalten.

Besonders beliebt bei Unternehmen ist die Werbung mit Produkten, bei denen eine Zutat „reduziert“ wurde, vor allem Fett oder Zucker. Erlaubt ist das aber nur, wenn der Zuckergehalt um 30 Prozent, der Fettgehalt sogar um 40 Prozent niedriger ist als bei vergleichbaren Produkten. Doch Vorsicht: Viele glauben, dass fettreduzierte Produkte auch gleichzeitig weniger Zucker enthalten, zeigt eine Studie der Universität Halle-Wittenberg. „Ein Nachteil von Nährwertangaben besteht darin, dass Verbraucher dazu neigen, ihre Bedeutung zu verallgemeinern und ein Produkt als gesünder wahrzunehmen, als es ist“, schreiben die Autoren. „Fettarme“ Lebensmittel mit hohem Zuckergehalt seien keine Seltenheit, da Hersteller die Fettreduzierung manchmal mit Zuckerzusatz ausgleichen.

ZWÖLF MINUTEN REICHEN

Eine EU-Verordnung regelt die Werbung im Fernsehen – und wann Sender darauf verzichten müssen

Mehr als 17 Minuten Werbung pro Stunde strahlt die US-Sendergruppe A&E, zu der unter anderem Disney Channel und ABC gehören, im Durchschnitt aus. In der Europäischen Union gibt es dagegen strenge Vorschriften, damit die Werbung im Fernsehen nicht ausufert. Zwölf Minuten dürfen es im Durchschnitt pro Stunde sein, so schreibt es eine EU-Richtlinie vor. Trotzdem haben die Sender viele Freiheiten.

„Fernsehen ohne Grenzen“ hieß einst die EU-Richtlinie, die Rechte und Pflichten des Rundfunks in Europa regelte. Inzwischen wurde sie mehrfach überarbeitet, enthält auch Vorgaben für Streaminganbieter und heißt nun noch „Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste“ (2010/13/EU). Sie stellt klar, dass im Fernsehen längst nicht alles erlaubt ist: Weder TV-Programme noch Werbespots dürfen die Menschenwürde verletzen oder Personen diskriminieren. Jede Art der Werbung für „Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse sowie elektronische Zigaretten ist untersagt“, heißt es im Gesetzestext. Dies gilt auch für verschreibungspflichtige Medikamente.

Minderjährige sind geschützt

Besondere Vorschriften gibt es außerdem zum Schutz von Minderjährigen. So darf sich Werbung für Alkohol nicht an Minderjährige richten, und Kaufaufforderungen an Minderjährige, die deren Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzen, sind tabu.

Zwischen 18 und 24 Uhr dürfen die TV-Sender maximal 20 Prozent Werbung zeigen, also durchschnittlich zwölf Minuten pro Stunde. Wie sie die Werbeminuten verteilen, können sie selbst ent-

scheiden. Dabei dürfen sie das Programm aber höchstens alle 30 Minuten unterbrechen. Nicht auf diese Werbezeit angerechnet werden Sponsorenhinweise und Programmempfehlungen. Die Sender können also viel zusätzliche Werbezeit erhalten, wenn sie mehrere Sponsoren für eine Sendung haben. Für die Einhaltung der EU-Richtlinie sind in Deutschland die Landesmedienanstalten zuständig, sie nehmen auch Hinweise auf Verstöße entgegen.

Um den Sendern mehr Freiheit und Flexibilität zu geben, wurde nicht festgelegt, ab wann eine Stunde gerechnet wird. So kann ein Sender theoretisch auch 24 Minuten Werbung senden, wenn diese um 10.48 Uhr beginnt und um 11.12 Uhr endet.



Wie viel Werbung ist erlaubt? Eine EU-Richtlinie regelt das. FOTO: DPA

Damit Fußballfans nicht in der spannendsten Minute plötzlich Werbung sehen, ist auch die Platzierung der Clips bei Sportsendungen genau vorgeschrieben. Der Zeitpunkt muss „unmittelbar aus der Struktur der Veranstaltung“ heraus gewählt, die „natürlichen Pausen“ müssen genutzt werden. Das kann bei Fußballspielen die Halbzeitpause oder die Zeit vor dem Anpfiff sein. Ein Eckstoß ist jedenfalls kein Grund, eine kurze Werbepause einzuschieben.

DIE BESTE NAVIGATION DER WELT

Gegen Galileo, das europäische Satellitensystem, kann die Konkurrenz in den USA und in Russland einpacken

Google Maps, Lieferdienste und der Notruf 112 sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch nur wenige wissen, dass die Europäische Union hier ihre Finger im Spiel hat. Die EU hat mehr als 20 eigene Satelliten im All, die das Satellitennavigationssystem Galileo rund um die Uhr mit Informationen füttern und für diese und viele weitere Anwendungen genutzt werden.

Im Vergleich zum amerikanischen GPS und dem russischen Glonass ist das EU-System zehnmal genauer. Früher hatte die EU ihre Satelliten von russischen Raketen ins All schießen lassen. Diese Zeiten sind vorbei, und in wenigen Wochen soll stattdessen erstmals eine Rakete von Elon Musks Konzern SpaceX vom US-amerikanischen Territorium aus starten.

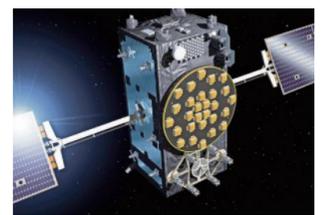
Entworfen für zivile Zwecke

Galileo wurde auf Grundlage der EU-Verordnung 1285/2013 eingerichtet. Das System steht „vollständig im Eigentum und unter der Kontrolle der Union“. Im Gegensatz zum amerikanischen GPS, das zunächst für militärische Zwecke entwickelt wurde und für die zivile Nutzung nur in einer deutlich ungenaueren Version zur Verfügung steht, wurde Galileo für die Bürgerinnen und Bürger der EU aufgebaut.

Moderne Smartphones sind in der Lage, die Satellitendaten von Galileo zu nutzen. Der Grund: Die EU hat sich in einer Richtlinie selbst verpflichtet, dafür zu sorgen, dass in der EU verkaufte Geräte voll kompatibel mit Galileo sind.

Den meisten Menschen ist wahrscheinlich gar nicht bewusst, dass jedes Smartphone täglich die Satelliten der EU nutzt. Denn Anwendungen wie die Navigations-App Google Maps greifen immer auf alle verfügbaren Satellitendaten zu,

und das EU-Netz ist mit anderen Satellitendiensten kompatibel. Vor allem in städtischen Gebieten mit hohen Gebäuden, wo andere Satellitensysteme längst versagt haben, bietet Galileo hochgenaue Ortungsdienste.

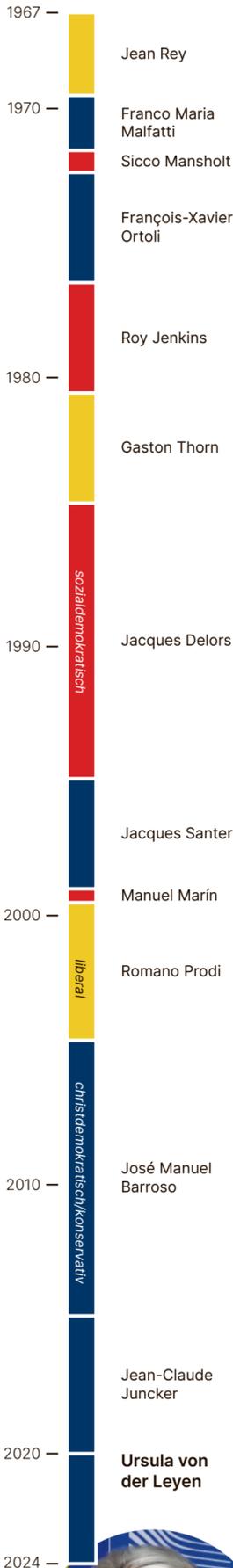


Europa im Weltraum: ein Galileo-Satellit. ILLUSTRATION: P. CARRIL/ESA/DP

Doch Galileo hilft nicht nur bei der Navigation durch die Stadt, sondern ermöglicht beispielsweise auch die Verfolgung von Paketen oder Bestellungen bei Lieferdiensten. Die Satelliten helfen bei der Einziehung der Strafen und der Überwachung der Geschwindigkeit. Galileo unterstützt auch die eCall-Systeme in Fahrzeugen, die durch eine weitere EU-Richtlinie zur Pflicht geworden sind.

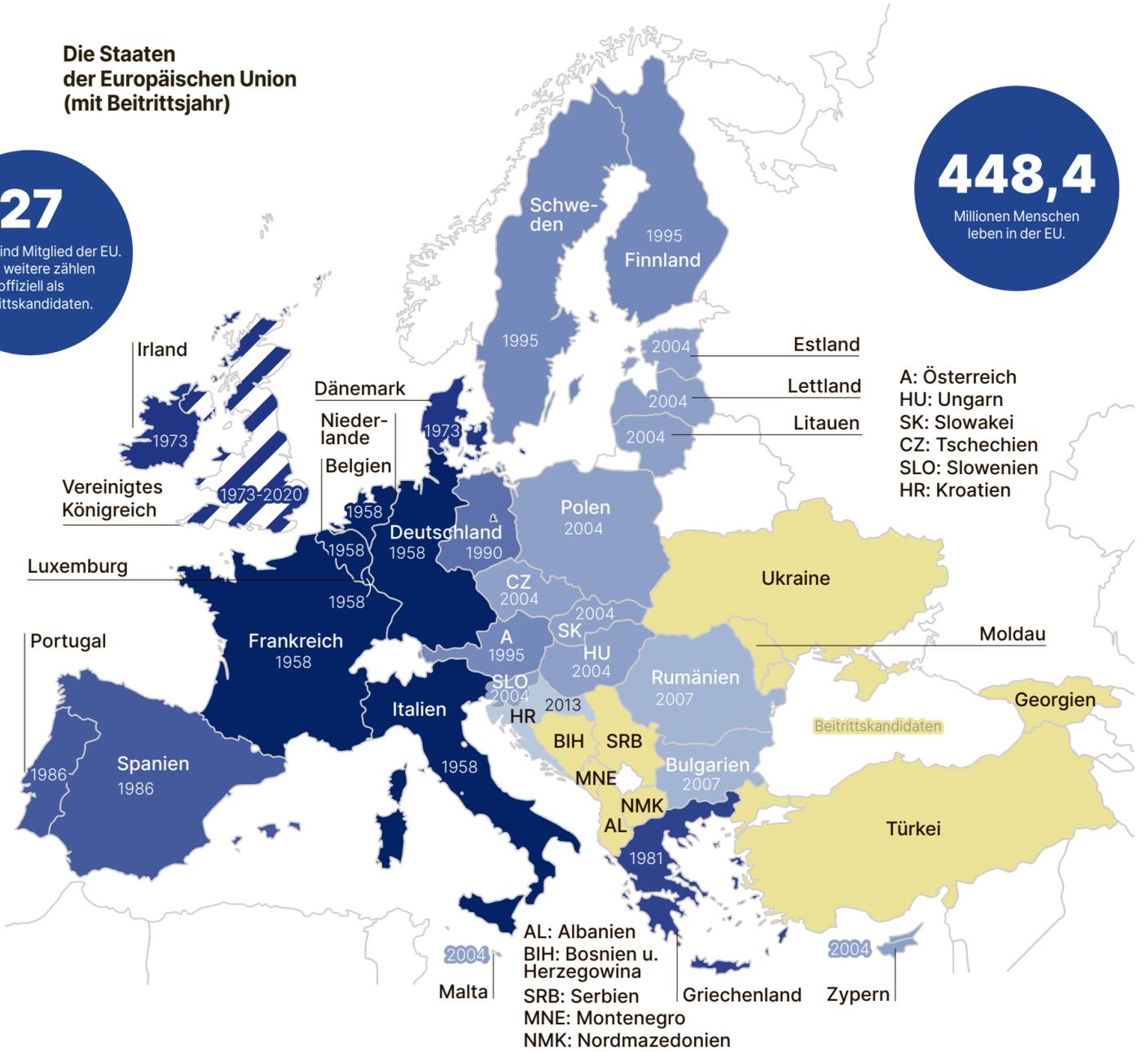
Das bordeigene Notrufsystem alarmiert bei einem schweren Unfall automatisch den Rettungsdienst über die Nummer 112. Die EU-Kommission schätzt, dass die Rettungskräfte dank eCall nur halb so lange zum Unfallort brauchen wie bei der herkömmlichen Alarmierung. Tausende von Verkehrstoten könnten dadurch vermieden werden. Die genaue Position des Unfalls wird über Galileo an die Notrufzentrale übermittelt. Aber keine Angst: Bei einem kleinen Einparkunfall wird nicht sofort der Notarzt alarmiert. Erst wenn bei einem schweren Unfall die Airbags ausgelöst werden, geht der Notruf beim Rettungsdienst ein.

Die Kommissionspräsidenten der EU



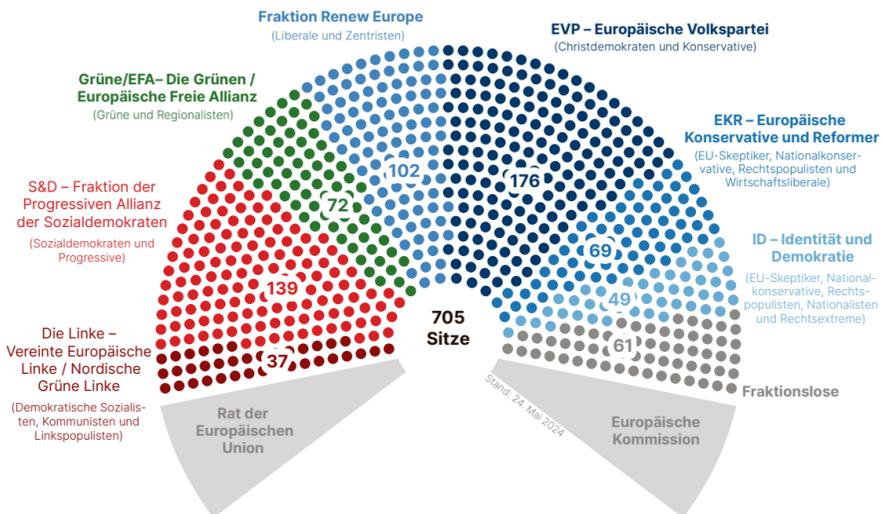
Die Staaten der Europäischen Union (mit Beitrittsjahr)

27
Staaten sind Mitglied der EU. Neun weitere zählen offiziell als Beitrittskandidaten.



WER UND WAS IST DIE EU?

Die Fraktionen im bisherigen Europäischen Parlament



Ursula von der Leyen ist die erste Frau an der Spitze der EU-Kommission.



Der Europäische Rat besteht aus den 27 Staats- und Regierungschefs sowie der EU-Kommissionspräsidentin.

Die Sitzverteilung im Europäischen Parlament richtet sich nach der Bevölkerungszahl. Deutschland hat mit 96 Sitzen die meisten Sitze.

